



POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

ÜBERSICHT

- **Sonderkongress der SDKÚ**
- **Inauguration des neuen Präsidenten**
- **Info-mail**

Sonderkongress der SDKU

Am 22. Mai 2004 fand in Bratislava der Sonderkongress der christdemokratischen SDKU statt. Der Vorsitzende der SDKÚ, Premier Mikuláš Dzurinda erklärte in seiner Ansprache, dass das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen deutlich von der Strategie des ehemaligen Staatspräsident Rudolf Schuster beeinflusst worden wäre. Dieser hätte aus wahlaktischem Kalkül heraus die erste Runde der Präsidentschaftswahlen mit der Volksabstimmung über vorgezogene Parlamentswahlen verbunden.

Der linkspopulistische Smer-Vorsitzende Robert Fico wäre eine große Bedrohung für die Slowakei. Fico bezeichnete Dzurinda als unverantwortlichen, aggressiven, zynischen und reformfeindlichen Agitator.

Im Nachgang zum Vorwurf, die SDKU habe Geldspenden kassiert, ohne der Veröffentlichungspflicht nachzukommen, hatte die Hauptregierungspartei eine parteieigene Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe eingesetzt. Dem Kurzbericht der Kommission zufolge hat die Partei keine Geldspenden finanziert.

Peter Šťastný, der Spitzenkandidat der SDKÚ bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, forderte die Delegierten dazu auf, die Bürger zur Teilnahme an den Europawahlen zu ermuntern, damit nicht nur eine Minderheit von Wählern entscheide. Als Europaabgeordneter möchte er vor allem die Ent-

wicklung der unterentwickelten slowakischen Regionen fördern und in Europa mehr Demokratie statt Bürokratie durchsetzen.

Die Delegierten des Sonderkongresses sollten ursprünglich zwei stellvertretende Parteivorsitzende wählen, die die aus der SDKU ausgetretenen Ivan Šimko und Zuzana Martináková ersetzen sollten. Auf Antrag des Abgeordneten Roman Vavrík wurden dann drei neue Stellvertreter, nämlich Verteidigungsminister Juraj Liška, Verkehrsminister Pavol Prokopovič, und der Parlamentsabgeordnete Pavol Kubovič, gewählt.

Der Sonderkongress verabschiedete das Parteiprogramm für die nächsten zwei Jahre. Es nannte sich „Visionen für eine moderne Slowakei“ mit folgenden fünf Schwerpunkten:

- Entwicklung und Unterstützung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Informationstechnologie;
- Wirtschaftswachstum und effektive Verwaltungsstrukturen;
- Verbesserung der Familien- und Sozialpolitik;
- Vollendung der noch ausstehenden Integrationsschritte (Währungsunion, Schengen) und aktive Außenpolitik;
- verantwortungsvolle Reformen und politische Kultur.

Dieses Programm dient als Leitlinie für die Weiterentwicklung der Slowakei zu einem prosperierenden, sicheren, konkurrenzfähigen und modernen Staat.

Inauguration des neuen Präsidenten

Am 15. Juni 2004 legte der neue slowakische Präsident Ivan Gašparovič seinen Eid vor dem Vorsitzenden des Verfassungsgerichtes der Slowakischen Republik, Ján Mazák, ab und trat damit offiziell sein Amt an. An dem feierlichen Akt nahmen der aus dem Amt scheidende Präsident Rudolf Schuster, Parlamentspräsident Pavol Hrušovský, alle Abgeordneten, Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda, Regierungsmitglieder und Vertreter des Diplomatischen Corps teil. Zum Festakt kamen bis auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar, der im zweiten Wahlgang gegen Gašparovič unterlegen war, alle geladenen Gäste.

Zu Beginn seiner Inaugurationsrede betonte Gašparovič: „Ich denke national und fühle sozial“. Er wolle ein Präsident aller Bürger sein, wie es ihm auch die Verfassung vorschreibt. „Unsere NATO- und EU-Mitgliedschaft verpflichtet uns einerseits, ein würdiger und zuverlässiger Partner zu sein, andererseits müssen wir auch daraus folgende Rechte in Anspruch nehmen.“ Gašparovič würdigte zwar die marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft, unterstrich aber, dass die Slowakei auch soziale und ökologische Aspekte der Marktwirtschaft

respektieren müsste. Er, Gašparovič, wäre bereit, verfassungsmäßige und nationale Interessen der Slowakischen Republik zu verteidigen.

Gašparovič erklärte weiter, dass er gute und korrekte Beziehungen zu Regierung und Parlament entwickeln wollte. Er hielt aber der Regierung vor, die Auswirkungen der Reformen – noch vor deren Inkrafttreten – nicht analysiert sowie irreale und unerfüllbare Versprechen gemacht zu haben. Später, im Rahmen einer Pressekonferenz fügte er hinzu, dass er nicht gegen die Reformen kämpfen und sie auch nicht stoppen wollte. Dennoch hätte er diesen gegenüber gewisse Vorbehalte.

Im Allgemeinen wurde die Antrittsrede von der Opposition als Ruf nach sozial verträglichen Reformen verstanden. Regierungsvertreter interpretierten Gasparovics Äußerungen als Bestätigung der Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten, insbesondere in sicherheitspolitischer Hinsicht.

Gašparovičs Rede wird als verhalten kritisch umschrieben. Die Analytiker bezeichnen sie als verlegen und zu allgemein. Der Politologe Miroslav Kusý vertritt die Meinung, dass Gašparovič seine Programmziele nicht definiert und nicht näher erläutert habe, was er unter dem „Nationalen“ und dem „Sozialen“ verstehe. Jedenfalls könne aufgrund dieser Rede Gasparovic nicht mit dem Attribut eines nationalen Vordenkers versehen werden. Obwohl nicht jeder Präsident ein Vordenker sein könne, könne man dennoch klare Konzeptionen erwarten. Dies vermisste er. Der Politologe Grigorij Mesežnikov meint, Gašparovič habe wegen seiner Vergangenheit nicht das Potenzial zu einer moralischen Autorität.

Info-mail

Am 15. Juni wechselte der Abgeordnete Josef Banáš in die Fraktion der SDKU. Banáš, der in der Parlamentswahl 2002 als Kandidat der liberalen Allianz des Neuen Bürgers (ANO) ins Parlament kam, verließ diese Partei im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Kandidatenliste für die Europawahl. In seiner Partei, ANO, fand sich keine Mehrheit für seine Benennung zum Kandidaten. In der SDKU-Fraktion möchte sich Banáš der europäischen Integration widmen. Premier Dzurinda, dessen Regierung nach der Gründung des Freien Forums und dem Austritt der Mitglieder aus seiner Fraktion nicht mehr über die Mehrheit im Parlament verfügt, festigte durch den Beitritt seine Position als Regierungschef. +++ Das Slowakische Parlament verabschiedete am 24. Juni 2004 den Entwurf des „Verfassungsgesetzes über die Zusammenarbeit zwischen dem Nationalrat und der Regierung der Slowakischen Republik in EU-Angelegenheiten“ mit einer großen Mehrheit von 104 Stimmen. Danach wird die Regierung dem Parlament ihre Entwürfe zu den rechtlich verbindlichen und sonstigen EG- und EU-Akten vorlegen. Es bleibt dann

dem Parlament vorbehalten, eine offizielle Stellungnahme zu formulieren und zu beschließen. Der Beschluss ist für die Regierung verbindlich. Der Entwurf wurde von einer vom KDH-Vorsitzenden Pavol Hrusovsky anführten Abgeordnetengruppe vorgelegt.

Bratislava, den 30. Juni 2004

Dr. Stefan Gehrold
(Leiter des Verbindungsbüros)

Eva Čiklová
(wiss. Mitarbeiterin)